

AUSGABE VOM 15. APRIL 2016

Bundshaushalt 2017 - Kriminalprävention finanziell verbessern

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring hat Bundesbauministerin Barbara Hendricks aufgefordert, die Zuschüsse für Einbruchschutz und Altersgerechten Umbau deutlich zu erhöhen. Vor allem dem sehr erfolgreichen Zuschussprogramm „Kriminalprävention durch Einbruchssicherung“ gehen bald die Fördermittel aus.

Laut KfW-Bank werden in diesem Programm täglich bis zu 200 Anträge gestellt. „Das ist gut angelegtes Geld, denn in der Praxis lassen viele Einbrecher von ihrer Tat im Versuchsstadium ab, wenn sie auf gesicherte Wohnungen und Häuser stoßen oder wenn die Nachbarn aufmerksam werden.“

Im Jahr 2015 gab es allein in Köln und Leverkusen 5.845 Wohnungseinbrüche. In knapp 47 % aller Fälle blieb es beim Versuch“, so Karsten Möring. Nähere Informationen gibt es bei der [Kreditanstalt für Wiederaufbau](#).

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

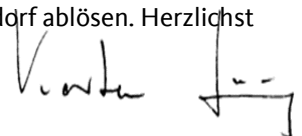
unser NRW gilt zu Recht als das „Kernland“ der Bundesrepublik, aber es wird unter Wert regiert. Die enormen Potenziale zwischen Rhein und Ruhr bleiben aufgrund einer ebenso plan- wie phantasielosen, dafür aber regulierungswütigen Politik der rot-grünen Landesregierung ungenutzt. Als Ministerpräsidentin Kraft Anfang April in der Landespressekonferenz auftritt wird sie zum Abschluss gefragt, was denn die großen Themen seien, die ihre Regierung bis zur Landtagswahl noch bearbeiten will. Sie bittet um etwas Geduld, während sie in einer orangefarbenen Kladde vor sich blättert. Schließlich sagt sie: "Das tut mir leid, das können wir gerne nachreichen, was noch an großen Themen geplant war." Peinlich, aber auch bezeichnend!



Deutlich wird das Versagen der Landesregierung am Beispiel der Wohnungseinbrüche. Deren Zahl lag 2015 bei rund 62.000 Delikten, etwa 10.000 oder 18 % mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig sank die Aufklärungsquote landesweit auf unter 8 %. NRW wäre mit einem Ministerpräsidenten Armin Laschet besser und sicherer für die Zukunft aufgestellt.

Herzliche Gratulation an Florian Braun, den Kölner Landesvorsitzenden der Jungen Union. Er wurde gerade zum Landtagskandidaten im Stadtbezirk Porz sowie in den Stadtteilen Merheim, Brück und Rath/Heumar gewählt. Ich freue mich auf einen tollen gemeinsamen Wahlkampf mit ihm. Im Mai 2017 wollen wir die rot-grüne Stillstandsregierung in Düsseldorf ablösen. Herzlichst

Ihr



Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Dieselfahrzeuge - Keine weiteren Fahrverbote in Innenstädten

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge aufgrund von zu hohen Schadstoffbelastungen in verkehrsreichen Ballungszentren und die Einführung einer „Blauen Plakette“ waren am Donnerstag Thema der Diskussion im Bundestag. Anlass war eine Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das SPD-geführte Bundesumweltministerium erarbeitet derzeit rechtliche Voraussetzungen zur Einführung einer „Blauen Plakette“, die für viele Millionen Dieselfahrzeuge ein Fahrverbot in Innenstädten bedeuten würde.



Mit Fahrverboten muss vorsichtig umgegangen werden, denn sie belasteten Bürger wie Handwerker. Dieselfahrzeuge aus den Innenstädten zu verbannen wäre absolut unsozial. Betroffen wären selbst Autofahrer, die schon ein Dieselfahrzeug mit der hocheffizienten Euro-5-Norm besitzen. Fakt ist, dass auch Dieselfahrzeuge einen Beitrag zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes im Straßenverkehr leisten. Die Unions-Redner machten in der Debatte deutlich, dass Autofahrer nicht die Zeche für politischen Aktivismus zahlen sollten.

„Hat schon Adenauer gesagt“: Mehr Grün in der Stadt ist ein wichtiger Aspekt zur Lösung der innerstädtischen Abgas- und Feinstaubproblematik.

Beeindruckend: Allein eine ausgewachsene Buche hat 15.000 qm Blattoberfläche und filtert so viele Schadstoffe aus der Luft, wie ein Pkw mit 20.000 Km Fahrleistung in einem Jahr erzeugt. Die ganze Rede im Video gibt es [hier](#). (Foto: privat)

„Eine solche Politik können wir nicht unterstützen. Wer wirklich eine bessere Luftqualität in den Innenstädten will, der muss auf langfristige und effektive Strategien— auch auf die Kreativität der Hersteller und kommunalen Planer— setzen und nicht auf Verbots-Schnellschüsse“, so der Kölner Abgeordnete in seinem Debattenbeitrag. Mehr Grün in der Stadt ist für MdB Möring ein wichtiger und zumeist unterschätzter Aspekt: „Köln hat allein 76.000 Straßenbäume; wir haben kein Feinstaubproblem, nicht nur wegen der Bäume, aber auch deswegen. Konrad Adenauer hat das schon vor hundert Jahren in die Wege geleitet und richtig gesagt: Grün in der Stadt erhöht den Lebenswert!“.

Wasserschutz ist Lebensschutz

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) hat ihre Positionen zur Umweltpolitik erläutert. Das [Politikmemorandum](#) wurde dem zuständigen Unions-Berichtserstatter Karsten Möring am 11. April im Rahmen des DWA-Dialogs zum Gewässerschutz übergeben.



Gemeinsam für Gewässerschutz: MdB Möring und BMUB-Abteilungsleiter Dr. Helge Wendenburg mit dem neuen DWA-Politikmemorandum (Foto: DWA)

„Mit dem Politikmemorandum 2016 bezieht die DWA Stellung zu wichtigen deutschen und europäischen Themen aus den Bereichen Wasser- und Abfallwirtschaft sowie Bodenschutz. Dies hat besonderes Gewicht, da sich in der DWA über 14 000 Mitglieder aus allen fachlich relevanten Bereichen engagieren“, so der Präsident der DWA, Otto Schaaf (Köln).

„Wir haben zwar schon einiges erreicht, aber es bleibt noch mindestens genauso viel zu tun: Ob Nitratbelastung, Düngerverordnung, Wasserrahmenrichtlinie, Phosphorrecycling oder Klärschlamm Entsorgung - die Arbeit geht uns nicht aus. Viele Wasserthemen sind mit von der EU bestimmt, bei einigen besteht jedoch besondere nationale Verantwortung. Ich zähle daher weiterhin auf die fachkundige Unterstützung des DWA“, so MdB Karsten Möring.

MdB Möring testet Wasserstoff-Fahrzeug von BMW

Die Firma BMW bot letzte Woche in Berlin den Mitgliedern des Bundestages eine Informationsfahrt in einem 5er GT FCEV an, dem Prototyp eines Elektrofahrzeugs mit Wasserstoffbrennstoffzelle zur Stromerzeugung. Die Fahrt wurde dabei von einem Experten aus der BMW-Entwicklungsabteilung begleitet. MdB Karsten Möring ließ es sich als Umwelt- und Verkehrspolitiker nicht nehmen den Praxistest zu machen. Sein Urteil: Eine perspektivisch bedeutsame, saubere Antriebsform. Allerdings muss der Wasserstoff umweltfreundlich erzeugt werden und eine Tankinfrastruktur geschaffen werden.



Kuppelgucker: Besucher aus Köln im Reichstag



In dieser Woche freute sich MdB Karsten Möring über den Besuch einer Gruppe politisch interessierter Kölnerinnen und Kölner, die auf seine Einladung hin die Hauptstadt besuchten. Auf dem Programm standen unter anderem eine Stadtrundfahrt sowie Gespräche im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Bundeszentrale für politische Bildung und in der Gedenkstätte Berliner Mauer.

Zudem besuchten die Teilnehmer, darunter die Gewinnerin des letzten Preisrätsels, eine Plenarsitzung des Bundestags. Eine schöner Zufall war es, dass sie genau in dieser Zeit MdB Möring als Redner in Aktion sehen konnten. Anschließend berichtete er über seine Arbeit als Abgeordneter. Natürlich „erstieg“ die Gruppe auch die Reichstagskuppel, wo dieses Foto entstand. (Foto: BPA)

Koalition einigt sich auf Integrationsgesetz

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird es ein Integrationsgesetz geben. Darauf einigten sich jetzt die Koalitionsspitzen. Ziel ist es, Flüchtlinge und Migranten nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ zu integrieren. Union und SPD wollen mit dem neuen Gesetz Eigenbemühungen der Menschen für eine schnelle und gute Integration stärken sowie die Integration auf dem Arbeitsmarkt durch staatliche Maßnahmen unterstützen. Dazu will die Bundesregierung ein Programm auflegen, mit dem 100.000 Arbeitsgelegenheiten, beispielsweise im gemeinnützigen Bereich, geschaffen werden. Diese Arbeiten sollen schon während des Asylverfahrens aufgenommen werden können.

„Für die Menschen, die zu uns kommen, gilt auch eine Mitwirkungspflicht“, so MdB Möring. „Künftig muss bei Abbruch oder Ablehnung von Maßnahmen immer mit Leistungseinschränkungen gerechnet werden“. Ferner soll eine feste Wohnsitzzuweisung verhindern, dass soziale Brennpunkte entstehen oder bereits vorhandene verschärft werden.

Impressum:

Ausgabe Nr. 06/2016
15. April 2016

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email: karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter